WIR IN BERLIN

INFORMATIONEN DER THÜRINGER SPD-ABGEORDNETEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

DEUTSCHLAND VORANBRINGEN

Die SPD steht für eine moderne und gerechte Gesellschaft

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

hinter uns liegt das erste Regierungsjahr in Berlin. Das Vertrauen, das die Bürgerinnen und Bürger in uns setzen, zahlen wir zurück, indem wir sozialdemokratische Politik betreiben. In Deutschland wird endlich eine neue Lohnkultur ihren Einzug halten. Dafür haben wir lange gemeinsam mit den Gewerkschaften gestritten. Zum 1. Januar 2015 kommt der gesetzliche Mindestlohn und darauf können wir stolz sein.

SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag:
Carsten Schneider, Iris Gleicke und Steffen-Claudio Lemme

Für die Zukunft bleiben große Herausforderungen. Wir werden die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern rechtzeitig neu regeln, bevor der Solidarpakt II und der Länderfinanzausgleich Ende 2019 auslaufen. Auch in den kommenden Jahren entlasten wir die Kommunen finanziell. Damit haben wir bereits begonnen und diesen Weg setzen wir fort.

Mit den Reformen bei der Ausbildungsförderung, beim Elterngeld und in vielen anderen Bereichen stellen wir die Weichen für eine soziale Teilhabe, gleiche Bildungschancen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland.

Die SPD steht für eine gerechte und moderne Gesellschaft. Unsere Vorhaben werden wir weiterhin Schritt für Schritt durchsetzen. Dabei reagieren wir auch auf den gesellschaftlichen und demografischen Wandel. Wir sind überzeugt, dass uns beides gelingen wird und wir unser Land voranbringen werden.

Eure Iris, Euer Steffen und Euer Carsten

IRIS GLEICKE
Integration und Forschung
SEITEN 2, 3

STEFFEN-CLAUDIO LEMME
Demokratie und Pflege
SEITEN 4, 5

CARSTEN SCHNEIDER
Solidarität und Elterngeld
SEITEN 6, 7

WIR VOR ORT
Unsere Wahlkreisbüros
SEITE 8

IRIS GLEICKE

ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus Suhl sowie aus den Landkreisen Schmalkalden-Meiningen und Hildburghausen.

Iris ist Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer sowie Beauftragte der Bundesregierung für Mittelstand und Tourismus. Außerhalb des Bundestages ist Iris Mitglied im Landesvorstand der Thüringer SPD, Beisitzerin im Vorstand des Thüringer Mieterbundes, Vorsitzende des Fördervereines Jugendzentrum Wiesenbauschule e. V. Schleusingen und Mitglied im Bundesvorstand des Arbeiter-Samariter-Bundes.

www.iris-gleicke.de

HERZLICH WILLKOMMEN!

Chancen bieten und Potenziale nutzen

FOTO: FOTOCASE FREELENZA

Die SPD hält eine Willkommenspolitik für dringend notwendig.

Man sollte meinen, Deutschland als eines der reichsten Länder Europas, mit einer der funktionalsten Bürokratien der Welt, könnte es schaffen, sich vernünftig und menschenwürdig um 200.000 oder 300.000 Flüchtlinge zu kümmern. Doch die Diskussion um eine bessere Sicherung der Außengrenzen – die wünscht sich manch Innenminister weiterhin – ist noch nicht passé. Das mutet zynisch an und stellt weder menschlich noch ökonomisch eine Alternative zu einer offenen Willkommenspolitik dar.

Sigmar Gabriel fordert zu Recht, die Kommunen finanziell zu stärken. Wenn die Kommunen die Flüchtlingsunterbringung allein finanzieren müssen, sind sie überfordert. Das spielt letztlich den rechten Kreisen in die Hände und schürt Ressentiments.

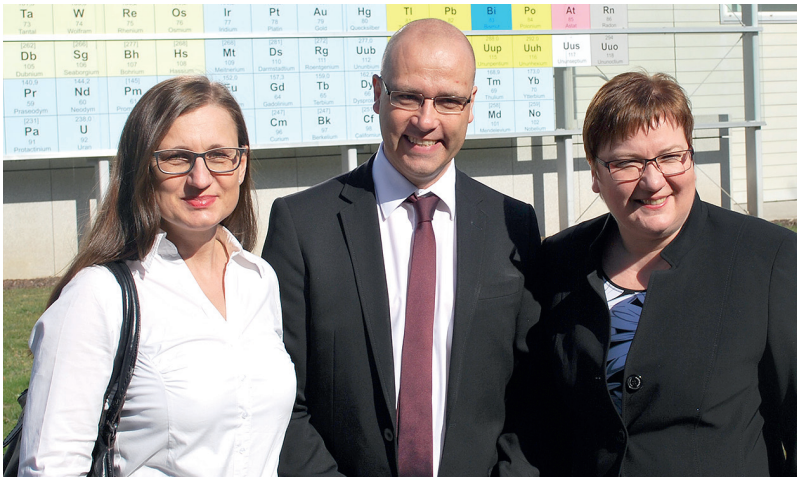
Zu einer ehrlichen Willkommenspolitik gehört auch die schnelle und unkomplizierte Integration in den Arbeitsmarkt. Aufgrund des Fachkräftemangels ist es absurd, den Arbeitsmarkt für Flüchtlinge zu sperren. Viele von ihnen sind Fachkräfte, die arbeiten und ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten wollen.

Mit dem Pilotprojekt „Early intervention“ wird Flüchtlingen mit Sprachkursen und Berufspraktika geholfen. Die Rückmeldungen sind hervorragend. Arbeitsmoral, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit der Teilnehmer sind extrem hoch. Das Projekt zeigt: Wenn Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden, gewinnen beide Seiten. Menschen bekommen eine Chance auf ein ganz normales Leben und Firmen erhalten die benötigten Arbeitskräfte.

INDUSTRIELLE FORSCHUNG

Wirtschaft und Wissenschaft agieren Hand in Hand

Die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) ist ein branchenübergreifendes Förderprogramm, das eine Brücke zwischen Grundlagenforschung und deren wirtschaftlicher Anwendung darstellt. Außerdem unterstützt es die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert, trägt die IGF wesentlich zur Standortsicherung und damit auch zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei. Besonders für uns in Ostdeutschland ist das wichtig.



Betriebsbesuch und Laborrundgang bei SmartMembranes GmbH in Halle.

Für kleine und mittlere Unternehmen, die keine eigenen Forschungskapazitäten haben, bietet die IGF eine Chance, wettbewerbsfähig zu bleiben. In der vorwettbewerblichen Phase können alle interessierten Firmen auf die Ergebnisse der Forschungsprojekte zugreifen. Eine unabhängige Auswertung des Programmes ergab, dass rund zwei Drittel der Firmen diese Ergebnisse nutzen, und über die Hälfte der Unternehmen gab an, von diesen zu profitieren. Über was geforscht wird, können die Unternehmen mitbestimmen.

Nicht nur die unabhängige Auswertung bestätigt den Erfolg der IGF. Eine Quote von 96 Prozent von Betrieben, die sich erneut an IGF-Projekten beteiligen, spricht für den hohen Nutzen für die Wirtschaft vor Ort.

FRAUEN, UNTERNEHMT WAS!

Deutschlands Wirtschaft braucht euch

Nur jedes dritte Unternehmen in Deutschland wird von einer Frau gegründet. Gründerinnen starten dabei oft andere Projekte als ihre männlichen Kollegen, sind aber genauso zielstrebig und erfolgreich. Um Gründerinnen auf ihrem Weg in die berufliche Selbstständigkeit zu unterstützen, haben Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig die Initiative „FRAUEN unternehmen“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, die Präsenz und Sichtbarkeit von Unternehmerinnen in der Öffentlichkeit zu erhöhen, Beratung und Netzwerke auszubauen sowie die Vereinbarkeit von Selbstständigkeit und Familie zu fördern.

„FRAUEN unternehmen“ verzeichnet bereits Erfolge: So wurde ein „Botschafterinnen“-Netzwerk erfolgreicher Unternehmerinnen aufgebaut, die sich ehrenamtlich als regionale Vorbilder und Multiplikatorinnen engagieren.

Die Beteiligung der „Botschafterinnen“ aus dem Osten ist mit 24 Prozent deutlich geringer als bei ihren Mitstreiterinnen aus dem Westen. Da müssen wir nachlegen und zusehen, dass wir (besonders ostdeutsche) Frauen motivieren und auf den ersten Schritten begleiten. Nur so können wir das Potenzial nutzen, das in diesen Frauen steckt und das wir für unsere gesamtwirtschaftliche Entwicklung dringend brauchen.

STEFFEN-CLAUDIO LEMME

ist seit 2009 Mitglied des Deutsche Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus den Landkreisen Kyffhäuser, Sömmerda und Weimarer Land.

Steffen ist Mitglied im Haushaltsausschuss und stellv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Er arbeitet in der AG Strategien gegen Rechtsextremismus mit. Außerhalb des Bundestages ist er Versichertenvertreter im Verwaltungsrat der AOK PLUS und Mitglied von MOBIT e. V. sowie stellv. Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Thüringen und Mitglied im Bundesvorstand der Volkssolidarität e. V.

www.steffen-lemme.de

„DEMOKRATIE LEBEN!“

Neues Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus

Eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ belegt, dass offen rechtsextreme Einstellungen abnehmen. Das ist erst einmal erfreulich, heißt aber noch lange nicht, dass Rassismus und andere Formen der Ausgrenzung zurückgehen. Ressentiments gegen Asylsuchende, Langzeitarbeitslose, Muslime, Juden oder Roma sind immer noch weit verbreitet. Das sagt die Studie ebenfalls.

Die Ergebnisse der diesjährigen Landtagswahlen haben zudem die neuen Gefahren für die politische Kultur aufgezeigt. Die AfD, die mit den Ängsten der Menschen auf Stimmenfang geht, ist mit zweistelligen Ergebnissen in zwei Landtage eingezogen. Das zeigt, dass wir nicht nachlassen dürfen, für Vielfalt, Toleranz und Mitmenschlichkeit einzutreten. Die SPD muss dabei starke Stimme und treibende Kraft sein! Wir müssen für eine gute Präventions- und Aufklärungsarbeit sorgen und ein festes Netz an Beratungsstrukturen vor Ort gewährleisten. Eine dauerhafte und verlässliche finanzielle Absicherung der Initiativen, Vereine und Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit engagieren, ist deshalb unbedingt notwendig.

Das neue Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ trägt dazu bei. Mit anfangs 30,5 Millionen Euro ausgestattet, konnten wir als SPD-Fraktion in den parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2015 erreichen, dass 10 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Damit wird das Versprechen zu den Empfehlungen des NSU-Berichts eingelöst, dass sich der Bund stärker im Kampf gegen Rechtsextremismus engagiert. Zu unseren zentralen Aufgaben gehört aber auch, den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen zu fördern. Dazu müssen wir unsere Städte und Gemeinden finanziell so gut ausstatten, dass sie ihre Kultur- und Sportangebote sowie ihre Jugend- und Sozialarbeit ausbauen können.

Steffen-Claudio Lemme bei einer Anti-Nazi-Demo.

QUALITÄT IN DER PFLEGE STEIGT

Verbesserungen für Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte

Ein wichtiger Schritt zu einer umfassenden Pflegereform ist das Pflegestärkungsgesetz I, das im Oktober 2014 beschlossen wurde. Für 2,6 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland bedeutet das ab 1. Januar 2015 höhere Leistungen. Die ambulante und die stationäre Betreuung werden ausgebaut. Pflegeeinrichtungen, die Tariflohn zahlen, werden gestärkt.

Zur Finanzierung steigen ab Januar 2015 die Beiträge zur Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte auf 2,35 Prozent, Kinderlose zahlen künftig 2,6 Prozent. Zudem startet ein Pflegevorsorgefonds. In diesen sollen rund 1,2 Milliarden Euro jährlich rund 20 Jahre lang fließen, um die Beiträge zu stabilisieren, wenn die Zahl der Pflegebedürftigen wie prognostiziert stark steigt. Der Fonds ist ein Zugeständnis an den Koalitionspartner.

Mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf, das Anfang Dezember verabschiedet wurde, schaffen wir mehr Freiräume für die Pflege von Angehörigen. Hier helfen wir mit mehr Rechten,

Steffen-Claudio Lemme beim gemeinsamen Hausbesuch mit dem Pflegedienst der Volkssolidarität.

mehr zeitlicher Flexibilität und einer Verknüpfung der 10-tägigen Pflegezeit mit Lohnersatz. Ein weiterer wichtiger Reformschritt, den wir als SPD-Fraktion vorantreiben werden, ist die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs im Zuge der Verabschiedung des Pflegestärkungsgesetzes II.

NATIONAL BEDEUTSAME DENKMÄLER

Fördermittel des Bundes gehen nach Thüringen

Thüringen ist reich an national bedeutsamen Denkmälern, die bewahrt werden müssen. Viele von ihnen erhalten Gelder aus den beiden Bundesprogrammen „Nationale Projekte des Städtebaus“ und „Sonderprogramm Denkmalschutz“.

Das Denkmalschutz-Sonderprogramm sieht 20 Millionen Euro für erforderliche Sanierungsarbeiten an Kulturdenkmälern vor, die das nationale Erbe prägen. In Thüringen können sich die St. Johannes-Kirche in Bretleben, die Sohlebohrtürme Carl-Elisabeth-Quelle und Heinrichs-Quelle in Darnstedt, das Schloss Eisfeld, die Wasserburg Heldrungen und die Stadtkirche St. Peter und Paul in Weißensee über Fördermittel in Höhe von insgesamt knapp 215.000 Euro freuen.

Mit „Nationale Projekte des Städtebaus“ wurden in diesem Jahr erstmalig herausragende Baudenkmäler mit besonderer nationaler Wahrnehmbarkeit, städtebaulichen Qualitäten und überdurchschnittlicher Qualität ausgezeichnet. Obwohl das Programm mit beantragten Fördermitteln von mehr als 900 Millionen Euro etwa 18-fach überzeichnet war, haben es zwei Thüringer Projekte geschafft: die Sicherung des Schiefen Turms von Bad Frankenhausen und die Freianlagengestaltung der Bauhaus-Universität in Weimar.

Wir können stolz auf Thüringens bauliches Kulturerbe sein. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass der Bund auch künftig zum Erhalt beiträgt.

CARSTEN SCHNEIDER

ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus Erfurt, Weimar und dem Grammetal in Berlin.

Carsten ist stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Haushalt, Finanzen und Euro. Außerdem ist er Vorsitzender des Gremiums zur Kontrolle der Haushalte der Geheimdienste und Mitglied im Vermittlungsausschuss. Außerhalb des Bundestages ist Carsten u. a. Vorsitzender der Vereine „Erfurt rennt e. V.“ und „Weimarer Republik e. V.“.

www.carsten-schneider.de

REFORM DER FINANZBEZIEHUNGEN

Gleiche Bedingungen für alle Regionen

Carsten Schneider verhandelt über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

Noch fünf Jahre gilt der erfolgreiche Solidarpakt II, den die SPD im Jahr 2002 durchgesetzt hatte. Wie es danach weitergeht, wird noch entschieden. Für die SPD-Fraktion verhandele ich derzeit über die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, die spätestens 2019 neugeordnet sein müssen. Doch welche Kriterien sollen für die Neuordnung gelten?

Ganz zentral: Das System muss gerecht und solidarisch bleiben. Die Union tritt bisher streitend auf. Bayern und Hessen klagen gegen den Finanzausgleich, obwohl auch sie seinerzeit zugestimmt haben. Beide Länder wollen weniger zahlen. Dabei konnte gerade Bayern nur durch Transfers aus Nordrhein-Westphalen in den 50er und 60er Jahren vom Agrar- zum Industrieland werden.

Für die Verhandlungen setzt das Grundgesetz den Maßstab. Es verpflichtet uns, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen und Unterschiede zwischen den Regionen auszugleichen. Dafür brauchen wir auch die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag. Die Frage ist nicht, ob wir ihn behalten, sondern wofür wir die Einnahmen in der Zukunft verwenden. Der Bund kann damit gezielt strukturschwache Gebiete fördern. Möglich ist auch, den Zuschlag in die Einkommensteuer zu integrieren und damit die Einnahmen der Länder zu erhöhen.

Entschieden ist die SPD in einem Punkt: Den Einstieg in den Wettbewerbsföderalismus, den einige von der Union regierte Länder wollen, lehnen wir ab. Regionen dürfen nicht als „Gewinner“ und „Verlierer“ gegeneinander ausgespielt werden. Ein reformiertes System muss solche Entwicklungen unbedingt verhindern.

ECKPUNKTEPAPIER FÜR DIE REFORM DER BUND-LÄNDER-FINANZBEZIEHUNGEN AUF **HTTP://DOKUMENTE.CARSTEN-SCHNEIDER.DE**

MODERNE FAMILIENPOLITIK

Elterngeld Plus und Partnerschaftsbonus kommen

Menschen wollen selbstbestimmt ihr Familienleben und ihre Arbeit in Einklang bringen. Mit dem Elterngeld Plus wird dies in Zukunft einfacher. Bisher mussten Väter oder Mütter teilweise auf das Elterngeld verzichten, wenn sie zeitig wieder gearbeitet haben. Künftig lohnt sich ein früher Einstieg in Teilzeit. Eltern bekommen zwar nur halb so viel Geld pro Monat. Dafür wird die Familie mit dem Elterngeld Plus aber doppelt so lange unterstützt. Wenn beide Elternteile zwischen 25 und 30 Stunden pro Woche arbeiten, gibt es außerdem einen Partnerschaftsbonus und weitere vier Monate Elterngeld zusätzlich.

Eltern können zwischen der neuen und alten Regelung wählen oder beide kombinieren. Dadurch werden Familien flexibler nach der Geburt. Außerdem bleiben Arbeitgebern ihre Fachkräfte in dieser frühen Phase erhalten, weil Teilzeitarbeit und Elterngeld gleichzeitig möglich sind.

Familie und Beruf werden künftig leichter vereinbar.

SPD KÄMPFT GEGEN STEUERDUMPING

Niedrigste Steuersätze für multinationale Konzerne sind asozial

Der Sozialstaat ist eine der herausragenden Errungenschaften der Moderne. Er garantiert soziale Sicherheit, Freiheit und Aufstiegsmöglichkeiten, muss aber auch bezahlt werden. Für Einkommensbezieher gilt: Wer viel verdient, zahlt hohe Steuern. Dieser Grundsatz trifft auf Unternehmen nur eingeschränkt zu. Im vergangenen Jahrzehnt haben einige EU-Länder verlockende Steuersparmodelle für globale Großkonzerne entwickelt, die deren tatsächliche Steuerlast auf unter 1 Prozent sinken lässt. Zu den Profiteuren gehört auch die US-Kaffeekette Starbucks, die kürzlich ihre erste Filiale in Thüringen eröffnet hat. Der Konzern hat seinen Europasitz in den Niederlanden, die mit Steuerdumpinggesetzen locken. Irland und Luxemburg sorgen ebenfalls dafür, dass Gewinne aus Deutschland und anderen EU-Staaten in ihre Länder transferiert werden, wo sie marginal besteuert werden.

Die SPD kämpft gegen dieses perverse Steuerdumping. Innerhalb der EU muss es deutliche Fortschritte hin zu einer Fiskalunion geben. Einerseits ist Skepsis angebracht und die Frage drängt sich auf: Wird die Europäische Kommission mit Jean-Claude Juncker an der Spitze, der zuvor lange Finanzminister und Premierminister von Luxemburg war, eine gemeinsame Steuer- und Finanzpolitik wirklich vorantreiben? Anderseits ist klar: Wenn sich nichts ändert, ist das nicht nur ungerecht, sondern es führt zu extremen Wettbewerbsverzerrungen. Ein Buchhändler aus der Erfurter Innenstadt wird normal besteuert. Allerdings steht er im Wettbewerb mit Amazon und hat überhaupt keine Chance, seinen Steuersatz von knapp 30 Prozent auf unter 1 Prozent zu drücken. Wenn wir mehr Steuergerechtigkeit durchsetzen, schützen wir am Ende auch diejenigen, die sich an die Gesetze in Deutschland halten.

WAHLKREISBÜROS IN THÜRINGEN

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind Eure Ansprechpartner. Bei Terminanfragen, bei Einladungen in Eure Ortsvereine und Kreisvorstände, zu Diskussionsrunden oder zu Feierlichkeiten und bei vielem mehr könnt Ihr Euch immer an sie wenden. Für Eure politische Arbeit vor Ort erhaltet Ihr von ihnen auch Informationen aus der SPD-Bundestagsfraktion. Außerdem seid Ihr herzlich eingeladen, uns in Berlin zu besuchen. Über unsere Büros könnt Ihr Euch gern für eine Besucherfahrt anmelden.

IRIS GLEICKE

Wahlkreis:
Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen

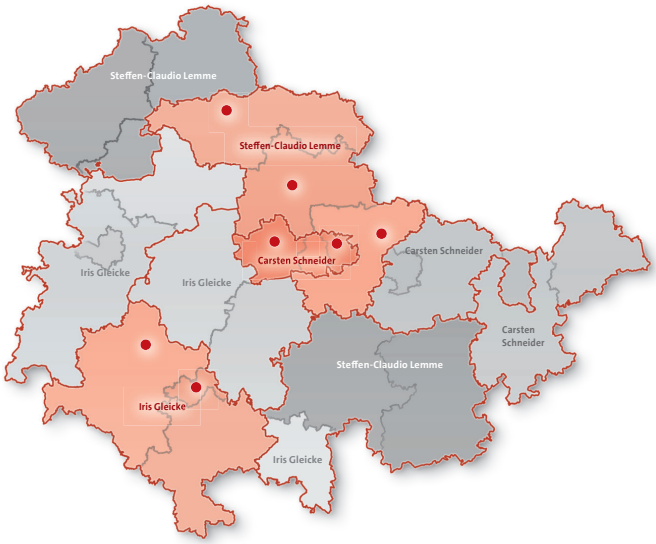
Betreuungswahlkreise:
Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis II, Gotha – Ilmkreis und Kreis Sonneberg

Büro Suhl (Heidrun Sachse):
Würzburger Straße 3, 98529 Suhl

Telefon: (03681) 30 38 59
Telefax: (03681) 30 37 24
E-Mail: iris.gleicke.wk@bundestag.de

Büro Schmalkalden (Dieter Schmidtke):
Weidebrunner Gasse 8, 98574 Schmalkalden

Telefon: (03683) 46 78 30
Telefax: (03683) 46 78 29
E-Mail: iris.gleicke.wk02@bundestag.de



STEFFEN-CLAUDIO LEMME

Wahlkreis:
Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I

Betreuungswahlkreise:
Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I, Kreis Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis

Büro Sömmerda (Heike Hopfe-Arnold):
Weißenseer Straße 27, 99610 Sömmerda

Telefon: (03634) 31 71 61
Telefax: (03634) 31 71 63
E-Mail: steffen-claudio.lemme.wk@bundestag.de

Büro Sondershausen (Jörg Esser):
Hauptstraße 7, 99706 Sondershausen

Telefon: (03632) 54 28 99
Telefax: (03632) 54 28 39
E-Mail: steffen-claudio.lemme.wk02@bundestag.de

Büro Apolda (Daniel Gross):
Goerdelerstraße 14, 99510 Apolda

Telefon: (03644) 51 44 35
Telefax: (03644) 51 44 37
E-Mail: steffen-claudio.lemme.wk03@bundestag.de

CARSTEN SCHNEIDER

Wahlkreis:
Erfurt – Weimar – Weimarer Land II

Betreuungswahlkreise:
Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis und Greiz – Altenburger Land

Büro Erfurt (Brita Schweitzberger, Frank Schönemann):
Andreasstraße 25 a, 99084 Erfurt

Telefon: (0361) 2 66 68 15
Telefax: (0361) 5 66 07 95
E-Mail: carsten.schneider.wk@bundestag.de

Büro Weimar (Sven Steinbrück, Peer Bosse):
Goetheplatz 9 b, 99423 Weimar

Telefon: (03643) 7 73 70 00
Telefax: (03643) 7 73 70 01
E-Mail: carsten.schneider.wk02@bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Iris Gleicke, Steffen-Claudio Lemme, Carsten Schneider
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Druck: SPD-Bundestagsfraktion; Redaktionsschluss: 12. Dezember 2014